medienarbeit

Informationen - Medienpädagogik-Zentrum Hamburg - Medienzentrum Fuhlsbüttel

10

Inhalt:

Zum Video-Film "Brokdorf-Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt" ..... Seite 3

Film-,Fernseh-,Videomaterialien zum Kampf gegen Atomkraftwerke 6

Projekt Wand Zeitung KKW NEIN 13

Video-Film der Frauengruppe Harburg 14

Frauen im Druck (Projektbericht) 15

Richtigstellung 26

Schildbürgerstreich, Behördenplanung contra Kleingärtner - Dokumentation einer Vertreibung 27

Politische Zensur in der Berufungspraxis 31

Filmschau 76 - Stagnation 37

Filmschau 76 - Stagnation 37

Medienarbeit Nr.9 nicht ausgehändigt 38

Neues Medienzentrum in Berlin 39

La joie de lire, Anmerkungen zur französischen Kultur- und Mediendiskussion 40

Neu im MPZ-Videoverleih 55

Kurzinfo 55

Zum Video-Film

"Brokdorf - Und bist du nicht willig - so brauch ich Gewalt"

Wir haben in Medienarbeit 9 den Videofilm über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Baubeginn des KKW-Brokdorf kurz vorgestellt und wollen hier darüber berichten, welche Erfahrungen wir mit dem Einsatz dieses Films gemacht haben und welche Konsequenzen wir für den weiteren Einsatz bzw. die Weiterarbeit mit Medien im Kampf gegen Atomkraftwerke ziehen können.

Zunächst zur Entstehung des Films: der überraschende nächtliche Baubeginn am 26.10.76 in Brokdorf führte zu einer Welle der Empörung großer Teile der Bevölkerung Norddeutschlands. Die verschiedenen Gruppen der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) fanden starken Zulauf. Daneben bildeten sich Initiativen in Dörfern, Stadtteilen, Schulen und Betrieben usw.. Es wurden zahllose Veranstaltungen

und Betrieben usw.. Es wurden zahllose Veranstaltungen

organisiert, um die Menschen über die Gefahren der Kernenergie zu informieren und sie in den Kampf gegen KKW's einzubeziehen.
Zur Unterstützung dieser Arbeit haben wir mit einigen Studenten der HfbK/Hamburg und anderen KKW-Gegnern sowohl aus dem Videomaterial von der Demonstration am 13.11.76 als auch aus Fernsehmittschnitten wichtiger Äußerungen der verantwortlichen Politiker relativ kurzfristig den Film erstellt. Er schildert die aktuellen Ereignisse in Brokdorf und stellt diese den Aussagen der Politiker (Stoltenberg, Mayhofer u.a.) und der Presse gegenüber, die nach bewährtem Muster "linksextremistische Gewalttäter" für die gewaltsamen Auseinandersetzungen am Bauplatz verantwortlich machen.

Der Videofilm wurde vor allem eingesetzt
- im Rahmen von Veranstaltungen von AKW-Initiativen (im gesamten Bundesgebiet, insbesondere im norddeut-

schen Raum, aber auch in Wyhl, Freiburg, Stuttgart, Köln, Wuppertal,u.a.)
- im Rahmen von Brokdorf-Veranstaltungen an Schulen (von Schülergruppen) und im Unterricht (insbesondere an Berufsschulen und Gymnasien)
- in kleineren Kollegengruppen (Betrieb und Gewerkschaft)
- an Hochschulen (insbesondere während der Streiktage).

Die Teilnehmerzahl an den Vorführungen reichte dabei von 8 - 350 Zuschauern.

Insgesamt wurde der Videofilm -genauere Zahlen können wir nicht angeben, da wir insbesonders über die auswärtigen Einsätze keinen vollständigen Überblick haben - ungefähr 150 - 200mal bisher eingesetzt.

Eine wichtige Erfahrung für uns war, daß auch mit Videofilmen bei einer aktiven, politischen Bewegung und guter Organisation des Verleihs eine relative Breitenwirkung erreicht werden kann.

Wenn wir in 'Medienarbeit 9 ' schrieben, der Film sei geeignet als Einstieg in die Diskussion über die Problematik der Atomkraftwerke allgemein, so war das sicherlich unüberlegt. Denn die Argumente der KKW-Gegener und die der Betreiber sowie die dahinter stehenden Interessen werden im Film kaum ausführlich dargestellt oder analysiert. Vielmehr zeigt der Film in anschaulicher Weise auf, mit welchen Mitteln der Diffamierung, der Einschüchterung und der polizeilichen Gewalt hier der Staat und die regierenden Politiker den Widerstand der KKW-Gegner zu brechen versuchen. Er zeigt, wie sich - nicht nur in Brokdorf - der Widerstand organisiert, zeigt die Masse der Demonstranten am Bauplatz.Der Film ist daher vor allem dort einsetzbar (und auch dort eingesetzt worden), wo es um Fragen des Kampfes gegen Kernenergie geht, um die Diskussion des Verhältnisses von Bürgerinitiativen zum Staat,zur Regierung, zu den Parlamenten, um die Diskussion von Kampfformen - etwa der Platzbesetzung, gewaltfreie Aktionen etc.. Der Film hat deshalb auch eine wichtige Funktion für die Auswertung der bisherigen Aktionen

und die Weiterführung des Kampfes vor allem in den beteiligten Initiativen selbst gehabt (und hat sie noch - besonders im Hinblick auf den 19.Februar). Die starke Wirkung geht vor allem aus von dem unmittelbaren Geschehen am Bauplatz (13.11.76) , das als Faktum den Aussagen von Politikern gegenübergestellt wird, so etwa der Aussage des schleswig-holst. Sozialministers Claußen, der da sagt, eine Polizeiaktion habe nicht stattgefunden oder dies sei eine ganz gewöhnliche Baustelle.

Weniger geeignet ist der Film in Zusammenhängen, wo es um die Diskussion der Gefahren von Kernenergie im weiteren Sinne geht. In der Öffentlichkeitsarbeit von Anti-KKW-Initiativen ist er deshalb auch zumeist in ein Gesamtprogramm eingebaut worden, daß zunächst - durch entsprechende Referate, z.T. mit Dias eingeleitet - die Diskussion über Kernenergie, Gefahren, Hintergründe, Interessen der Betreiber etc. den ersten Teil der Veranstaltung ausmachte und der zweite Teil dann, Diskussion um den Kampf, über die Taktik der Betreiber und Politiker, über eigene Taktik und Kampfformen, durch den Film ein-
über eigene Taktik und Kampfformen, durch den Film ein-
geleitet wurde.

In der kommenden Arbeit wird es darauf ankommen, zum einen die aktuellen Ereignisse weiter zu dokumentieren und punktuell zusammenzufassen, um so die Weiterführung desKampfes zu unterstützen. Zum anderen werden wir versuchen, Materialien zusammenzustellen, die auf das grundsätzliche Problem Kernenergie eingehen und somit auch in Zusammenhängen einsetzbar sind, in denen noch nicht eine aktive Gegenbewegung vorausgesetzt werden kann - etwa in der Schule etc.. Besonders für diese Arbeit bitten wir alle Kollegen, die dazu geeignetes Material haben (Dokumentationen, Foto-, Film-,Videomaterial, Unterrichtseinheiten etc.) sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Eine Aufstellung von uns bekanntem und zum Teil auch im MPZ verfügbaren Materials (TV-Aufzeichnungen, Filme,etc.) findet sich auf den folgenden Seiten.

Film-Fernseh-Videomaterialien zum Kampf gegen Atomkraftwerke

In dieser MEDIENARBEIT wollen wir eine erste Zusammenstellung von Film-, Fernseh- und Videomaterialien mit kurzen inhaltlichen Hinweisen geben. Die Zusammenstellung ist sicher unvollständig und laufend zu ergänzen. In der nächsten Ausgabe wollen wir auch auf einige Ton-Dia-Serien hinweisen, die eine wichtige Bedeutung bei Anti-AKW-Veranstaltungen hatten.

Video - und Fernsehfilme

"Brokdorf-Und bist du nicht willig - so brauch ich Gewalt"
Videofilm 1976, ca.25min.
MPZ, HbK-Studenten und ein Druckkollege

MPZ, HbK-Studenten und ein Druckkollege
MPZ-Videoverleih

Der Videofilm, der kurzfristig (aus eigenen Aufnahmen und Fernsehausschnitten) zur Unterstützung von Anti-AKW(Brokdorf)-Initiativen hergestellt wurde, schildert die aktuellen Ereignisse in Brokdorf (erste und zweite Großkundgebung - Oktober und November'76) und stellt diese den Aussagen von Politikern (Stoltenberg, Mayhofer) und der Presse gegenüber, die nach bewährtem Muster "linksextremistische Gruppen" für die gewaltsamen Auseinandersetzungen verantwortlich machten.

Der Videofilm zeigt auf, mit welchen Mitteln der Diffamierung, der Einschüchterung und der polizeilichen Gewalt der Staat und die regierenden Politiker den Widerstand der AKW-Gegner zu brechen versuchen und wie trotz dieser Versuche mehr als 30 000 AKW-Gegner ihren Protest in Brokdorf zum Ausdruck brachten.

"Geschichte der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe"
Videofilm 40min., 1975
Gruppe Politische Ökologie Hamburg
MPZ-Videoverleih

Der Videofilm zeigt die Gefahren auf, die mit der Verwirklichung des Baus eines Atomkraftwerkes an der Unterelbe bei Brokdorf verbunden sind, für das Land und seine Bewohner, hauptsächlich Bauernfamilien.

Er entlarvt die Propaganda der,das Atomkraftwerk vorantreibenden Industrie und überregionalen Verwaltungen als Vertuschung und Verharmlosung der Gefahren.

Der Videofilm schildert den Kampf der Bürgerinitiative und ihre Aktionen (wie das Entrollen eines Transparentes im Landtag, Informationsveranstaltungen, Theaterrevue auf Dorfplätzen), die die Diskussion um das geplante Atomkraftwerk seine Gefahren anregen und die Solidarität für den Kampf dagegen stärken sollen.
(Der Videofilm schließt auf dem Stand vom Dezember 1975 ab.)

ab.)

VOR-ORT: Brokdorf
WDR 1976
VCR-Aufzeichnung

Die Vor-Ort-Fernsehsendung (die bisher noch nicht gesendet wurde) schildert die aktuellen Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk in Brokdorf.

BROKDORF-EIN ZWEITES WHYL
NDR 1976
CV-Aufzeichnung, ca. 30min.
MPZ-Videoverleih

Der Film geht auf die Entstehung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe ein und schildert die Auseinandersetzungen in Brokdorf bis zur ersten Großkundgebung und Besetzung.

AKTUELLE BERICHTERSTATTUNG ZU BROKDORF
Fernsehaufzeichnungen aus Panorama, Monitor, Kennzeichen D, Extra 3, Tagesschau, Heute (Okt.,Nov., Dez.'76, Jan.'77)
ca. 60min.
MPZ-Videoverleih

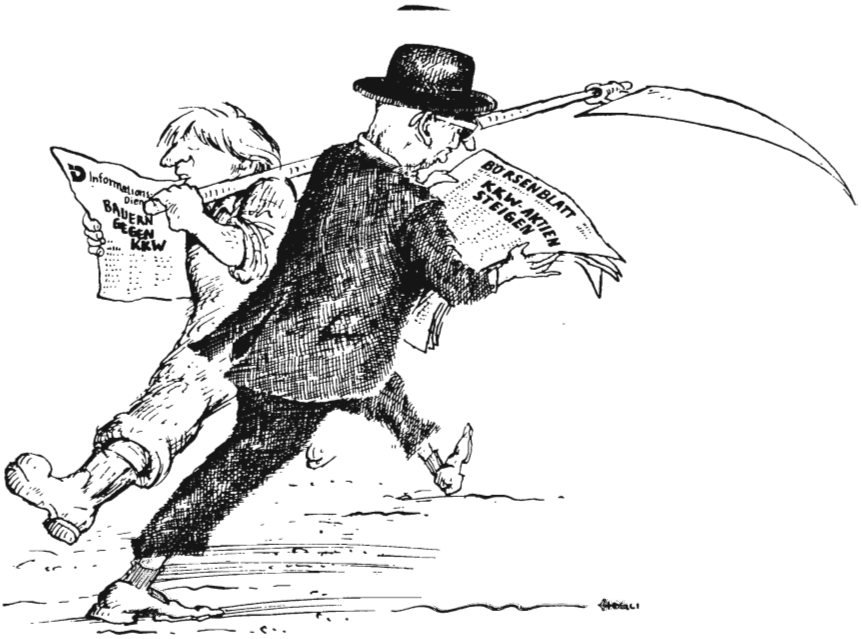
FERNSEHDISKUSSION zu den Auseinandersetzungen in Brokdorf und zu Atomkraftwerken allgemein

mit Vertretern der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe und Stoltenberg, Mayhofer u.a.

ZDF 11.11. 1976
MPZ-Videoverleih

VOR-ORT: Bürger gegen Atomkraftwerk in Whyl
Fernsehaufzeichnung ca. 45 min.
MPZ-Videoverleih

Der Fernsehfilm schildert die Aktionen (Informationsveranstaltungen, Demonstration in Stuttgart, Behörden Be-



suche, Besetzung) der Bürgerinitiative in Whyl gegen das geplante Atomkraftwerk und geht ausführlich auf die Auseinandersetzung mit der Landesregierung und den kommunalen Behörden ein. (Bürgerentscheid, Bauplatzbesetzung)

VOR-ORT: Kernkraftwerk Esenshamm Unterweser
Fernsehaufzeichnung ca. 45 min.
MPZ-Videoverleih

In dem Fernsehfilm äußern sich Bürger, Vertreter der Bürgeraktion Küste und Vertreter der Kernindustrie zu den Gefahren und Folgen der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Esenshamm.
Der Film zeigt weiter Aktionen der Bürgerinitiative (Treckerdemonstration, Kundgebung und Diskussionsabend) gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes.

BLICKPUNKT: Zum Problem der Wiederaufbereitungs- und Entsorgungsanlagen
Fernsehsendung 9.11.1976 ca. 4o min.
MPZ-Videoverleih

MPZ-Videoverleih

DOKUMENTATION eines Planspiels zu Problemen der Atomenergie
Videofilm ca. 5o min.
Schüler und Lehrer der Julius Leber Gesamtschule Hamburg und MPZ
MPZ Videoverleih
(ausführlicher Bericht wahrscheinlich im nächsten Info)

Ankündigung:

In Vorbereitung ist ein Videofilm, der auf die Ereignisse und Auseinandersetzungen nach der zweiten Großkundgebung (einschließlich des 19.2.) eingeht.

MPZ-Verleih

16 mm Filme

LIEBER HEUTE AKTIV, ALS MORGEN RADIOAKTIV
16mm Dokumentarfilm von N.Gladitz ca. 9o min.
Filmverleih Neue Welt
Werderstr. 23 5 Köln Tel. o221/52o373

Der Film zeigt, wie sich die Bevölkerung am Kaiserstuhl gegen das Kernkraftwerk bei Whyl zusammengeschlossen hat und sich gemeinsam gegen Umweltzerstörung und Atomkraftwerke zur Wehr setzt.
Der Film soll deutlich machen:
"Wie das Volk erkennt, daß sein Wohl nur von ihm selbst geplant werden kann. - Wie Solidarität Mut macht - Wie die Polizei den Platz räumt und selbst vom Platz geräumt wird - Wie Kernkraftwerk, Krisen und Krieg zusammenhängen- Wie man sich Wissen verschafft durch die Volkshochschule Whyler Wald - Wie die Frauen ihre Kraft entdecken - Wie die Gerichte im Namen des Volkes 'Recht' sprechen - Wie sich die Regierung das Ende des Kampfes vorstellt und dabei die Rechnung ohne den Wirt macht" (aus einer Filminhaltsbei die Rechnung ohne den Wirt macht" (aus einer Filminhaltsbeschreibung Manuskript)
Der Film ist trotz einiger Kritikpunkte und Mängel (zu euphorische Darstellung der Ereignisse in Whyl, ohne die Widersprüche und Schwierigkeiten der Bewegung und die Taktik der Landesregierung aufzuzeigen, Verhältnis Kommentar und Bild u.a.) geeignet für den Einsatz bei grösseren Anti-Akw-Veranstaltungen

KAISERAUGST

16mm Film 25 min.
Filmkooperative Zürich
Verleih: Zentral Filmverleih Hamburg Karl-Muck Platz
Tel. o4o/345544

Die Bewohner der Region Kaiseraugst besetzen das Gelände des geplanten Atomkraftwerkes. Sie sehen in dieser Maßnahme die letzte Notwehr gegen das undemokratische Vorgeh-

en von Wirtschaft und Behörde. Die Gegner der Besetzung interpretieren die Aktion als Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit, die Legalität und die freie Marktwirtschaft.

Der Film zeigt einerseits Passagen aus Interviews mit Besetzern auf dem Gelände von Kaiseraugst, andererseits illustrieren die Aufnahmen die Situation im Besetzerlager (tägliche Vollversammlung, Lagerbetrieb, Kommunikationszentrum, Küche u.a.) und die Breite der Aktion. .
Die Aktion wird mit einem Überblick über geplante Atomkraftwerke im Raum Süddeutschland-Schweiz in den grösseren Zusammenhang der zahlreichen Bürgeraktionen gestellt.
Nach 1o Wochen Besetzung machen Bundesrat und die beteiligten Firmen ein Verhandlungsangebot.
Auf einer Vollversammlung beschließen 35oo Personen den Abbruch der Besetzung und das Eintreten auf das Verhandlungsangebot. Sollte das Vertrauen in die Verhandlungen mißbraucht werden, würden die Besetzer wieder zurückkehren.

Der Film will nicht über die gesamte Problematik der Atomkraftwerke informieren, sondern vor allem die Besetzung von Kaiseraugst darstellen und der Diffamierung der Besetzer (Extremisten, bezahlte Agitatoren, arbeitsscheues Gesindel) entgegenwirken.

Kein KKW in Brokdorf
16mm Film ca. 13 min.
Film und Fernsehakademie Berlin

Der Film berichtet über die erste Großkundgebung und die Bauplatzbesetzung in Brokdorf (Oktober 1976)
Aussagen von Politikern ('eine Polizeiaktion findet nicht statt'7 werden mit den realen Ereignissen konfrontiert. Ferner bringen Teilnehmer an der Großkundgebung ihre Empörung über das Verhalten der Polizei und der Politiker zum Ausdruck.

Wand Zeitung

Nr.1; Januar 77; Preis 2,50 DM

PROJEKT WANDZEITUNG KKW NEIN
(Mitglieder der BUU-Stadtteilgruppe Mundsburg/Hamburg)

Warum dieses Projekt? (aus Wand Zeitung Nr.1, Januar 77)

An den Verdrehungen und Lügen der bürgerlichen Presse zu Brokdorf konnte man wieder einmal sehen, wie notwendig ein Kommunikationsmittel ist, in dem die Betroffenen selber informieren und den Lügen der Presse richtige Informationen entgegenstellen können. Ziel dieser Zeitung ist, daß denjenigen, die von einem Problem betroffen ist, daß denjenigen, die von einem Problem betroffen sind, gemeinsam daran arbeiten, auch selber darüber informieren, denn sie sind diejenigen, die es am besten können.

Wir wollen also hiermit für die einzelnen Stadtteil- und Bürgerinitiativgruppen ein Medium schaffen, das in der Folge von den Gruppen selbständig in Inhalt und Form gemacht wird!

Die Wandzeitung kann wie eine Zeitung gelesen werden, soll aber nicht wie solche hinterher in Aktenordnern oder Papierkörben landen, sondern an irgendwelche günstige öffentliche Flächen geklebt/gepinnt werden; das ist wichtig! Denn so kann die Information verbreitet werden.

Jeder Passant kann sich anhand der großen Überschriften aus den geklebten Zeitungen das für ihn Wichtige schnell heraussuchen, Kontaktadressen herausschreiben usw. Soweit also: Meldet Euch, kritisiert uns, macht Vorschläge,

bringt Beiträge ein. Machen wir zusammen eine Zeitung zur Auseinandersetzung und Vereinheitlichung innerhalb der Bewegung und zur Information und Organisierung für die Bewegung.

Wand Zeitung Nr.1 und Kontakt zur Projektgruppe über MPZ

Video-Film der Frauengruppe Harburg

(von einem Mitglied der Frauengruppe)

Anfang Dezember entdeckten Mitglieder der Frauengruppe der Jugendzentrumsinitiative-Harburg auf dem Harburger Weihnachtsmarkt ein Schild mit folgender Aufschrift: "Gehst du zum Weibe, vergiß die Peitsche nicht." Das Schild hing an einem Stand, an dem lange Lederpeitschen verkauft wurden. Die Frauengruppe war über dieses Schild sehr empört. Täglich werden in der BRD tausende Frauen sehr empört. Täglich werden in der BRD tausende Frauen geschlagen und vergewaltigt, und hier benutzte man solche Propaganda auch noch zur Verkaufssteigerung.

Die Gruppe entschloß sich, das Schild in einer spontanen Aktion zu entfernen. Da eine Frau aus der Frauengruppe gleichzeitig in der Mediengruppe der Jugendzentrumsinitiative mitarbeitet, nahmen die Frauen die Videoanlage mit und filmten die Aktion.

Zuerst redeten die Frauen mit Passanten, dann folgte eine lange Diskussion mit der Inhaberin des Standes, bis sie das Schild schließlich abnahm. Aus den Video-Aufnahmen schnitten vier Mitglieder der Frauengruppe einen 15-minütigen Film zusammen.

Mit diesem Film soll anderen Frauengruppen gezeigt werden, daß es sich lohnt, gegen solche frauenfeindliche "Sprüche" anzugehen. Bisher wurde der Film auf einer Frauenveranstaltung in Harburg gezeigt.

Frauen im Druck

Frauenarbeit - Frauenlohn im Druckgewerbe
Videofilm in 4 Teilen, ca. 40 Min.
von Gitta Kuhlmann in Zusammenarbeit mit Rosa F.
Mitarbeit: Agnes Handwerk, Cristian Ottemeyer
Hochschule für bildende Künste Hamburg, 1976

Streik in der Druckindustrie - Ausgangspunkt für den Film

Im Frühjahr 1976 streikten 80 000 Arbeiter(innen) in der Druckindustrie für 9 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 140 Mark.
Während des Streiks wurde fast nur von den Druckern und Setzern gesprochen, nicht aber den 50 Prozent Frauen, die vorwiegend in den unteren Lohngruppen der Hilfsarbeiter (den sogenannten Leichtlohngruppen) eingestuft sind.
Der Streik war für Frauen wie Männer eine ganz neue Situation, denn nach dem Krieg war dies der erste längere Streik. Da nur verhältnismäßig wenige Frauen gewerkschaftlich organisiert sind (weniger als 20 Prozent der Mitglieder der IG Druck und Papier sind Frauen) und sie in die gewerkschaftliche Arbeit bisher kaum einbezogen wurden, beteiligten sich hauptsächlich Männer aktiv im Streik.
In einem Streiklokal wurde diskutiert, ob Frauen Streikposten stehen können. Eine Arbeiterin: "Die Frau glaubt sich nicht rechtfertigen zu können, wenn sie als Streikposten angesprochen wird, weil sie immer unterdrückt worden ist."

Während der Arbeit an dem Videofilm über den Streik in der Druckindustrie (siehe medienarbeit 9) lernte die Studentin Gitta Kuhlmann in dieser Diskussion eine Arbeiterin kennen, die sich immer wieder für die Probleme der Frauen eingesetzt hat. Sie sprachen darüber, was sich einer Frau alles in den

Weg stellt, wenn sie sich für ihre Interessen einsetzt und aktiv in der Gewerkschaft mitarbeiten will.
Daraus entstand nach mehreren Gesprächen die Zusammenarbeit in dem Film: Frauen im Druck.

Operative Zusammenarbeit

Zu Beginn der Arbeit hatte Rosa Bedenken:
" Ich war damals skeptisch, weil Gitta nicht aus dem Gewerbe ist, und da hab ich gedacht, das wird nie klappen mit dem Film. Aber sie hat sich dann ganz gut in die Situation reinversetzen können. Sie war ziemlich oft abends da und ich hab Gitta erzählt, was ich täglich für Arbeit verrichte, was für Erfahrungen ich früher als Vertrauensfrau machte.
Sie hat sich dann Schriften von der Gewerkschaft zum Problem der gerechten Eingruppierung von Frauen besorgt, die nicht einmal wir Vertrauensfrauen erhalten. Sie ist dann hier und da hingegangen und hat sich mit vielen Leuten unterhalten. Dadurch bekam ich dann auch wieder Interesse meine gewerkschaftliche Arbeit wieder aufzunehmen."

Nach langen Recherchengesprächen wurde ein erstes
Nach langen Recherchengesprächen wurde ein erstes
Exposée (Drehbuchvorschlag) entwickelt. Nach mehreren Diskussionen mit Rosa und Kommilitonen änderte sich dieses Exposée mehrmals.

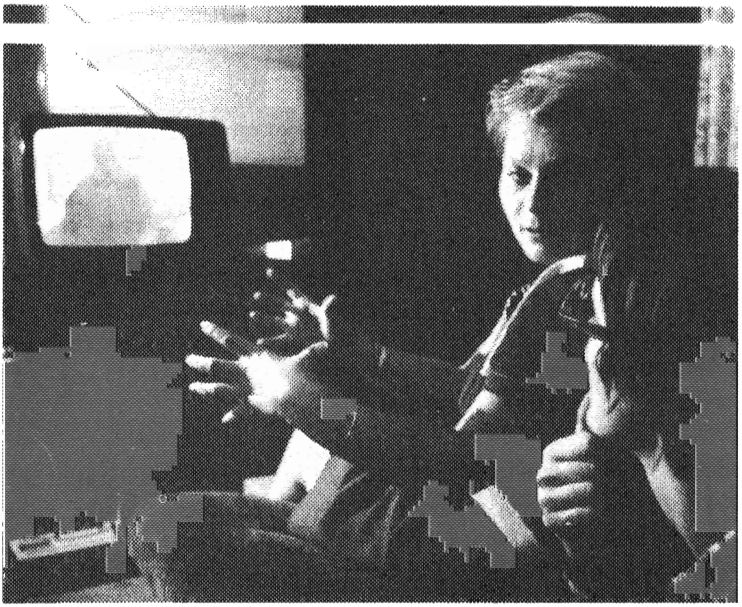
Sie begannen mit dem Drehen des Teiles des Filmes, der am übersichtlichsten schien, am einfachsten zu realisieren war: Doppelbelastung einer Arbeiterin.

Durch das erste Drehen zu Hause lernten Rosa und ihr fünfjähriger Sohn den Umgang mit den Videogeräten kennen. Sie waren ganz begeistert sich selbst über den Fernseher zu sehen. Gitta filmte den täglichen Trott: 5 Uhr aufstehen, Frühstück richten, 6 Uhr Kind wecken, dann viertel vor 7 : "ab zack Brottasche, jetzt hilft nun gar nichts, jetzt kommen wir zu spät!" Kindertagesheim, um 7 bei der Arbeit sein.
Neben den täglichen Belastungen -8 Stunden harte körperliche Arbeit, auf die sie sich voll konzentrieren muß, anschließend Haushalt, Kind versorgen - war diese Medienarbeit für Rosa

ziemlich anstrengend und "nervig".
In dieser Situation stellte sich für Gitta die Frage:
"Soll ich jetzt filmen oder ihr bei der Arbeit helfen."
Rosa dachte: "Soll sie mir doch helfen und nicht nur mit der Kamera im Weg rumstehen." Den ersten Morgen half sie Rosa, am Abend erklärte sie ihr, daß es für den Film wichtig ist, genau diese Hektik am Morgen darzustellen. Am nächsten Morgen filmte sie nur.

Für eine Zusammenarbeit ist es notwendig, daß man die Ereignisse nicht nur abfilmt (Filmbanditen!), sondern die Interessen der Arbeiterin weitgehend mit einbezieht, die sich stellenden Probleme gemeinsam aufarbeitet und versucht sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Das Medium Video erleichterte wesentlich die Zusammenarbeit. Mit Hilfe eines Adapters konnten die Aufnahmen direkt anschließend wieder über den Fernseher zu Hause angesehen und diskutiert werden. Rosa bekam so eine konkrete Vorstellung von den Möglichkeiten mit Video. Sie sah, daß man durch den Film vie-



len Leuten gleichzeitig in zeitlich gedrängter Form anschaulich die Probleme der Arbeiterin aufzeigen kann.

Durch das gemeinsame Ansehen und Diskutieren beispielsweise eines geschnittenen Teilstückes, entwickelte sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeiterin und Medienarbeiterin. Sie spürte, daß ihr "das Wort im Mund nicht umgedreht wird", wie das die Streikenden so oft von Seiten des Fernsehens erlebt haben.
Rosa meinte: "Heute machen wir unser eigenes Fernsehen, ja so was müßte mal im Fernsehen gesendet werden, wann kommen schon die Arbeiter(innen) zu Wort!"

Teilstückchenarbeit

Diese permanente Diskussion, Kritik, erneute Überarbeitung macht sich im Aufbau, in der Qualität der einzelnen Teilstücke bemerkbar.
Vertov (russischer Dokumentarfilmer nach der Revolution) hat in seinem Aufsatz "Über die Liebe zum Lebenden Menschen" die enge Verflechtung von Recherchen, Dreharbeit und Filmkonzeption folgendermaßen beschrieben:
"Ich hielt das 'Szenarium für den nichtinszenierten Film' für absurd. Absurd nicht nur in terminologischer Hinsicht. Ich schlug einen höheren Typ von Plan vor. Einen organisatorischen und schöpferischen Handlungsplan, der die unaufhörliche Wechselwirkung des Plans mit der Wirklichkeit garantieren und kein Dogma sein würde, sondern nur die 'Anleitung zum Handeln'. Einen organisatorischen und schöpferischen Plan, der die Einheit von Analyse und Synthese der vorzunehmenden Filmbeobachtungen sicherstellen würde." (1)

Diese Gleichzeitigkeit von Montage und Dreharbeit, verbunden mit der 'Teilstückchenarbeit' erleichterte weitgehend die Arbeit. Denn es konnte ein überschaubarer Bereich so weit wie möglich geschnitten werden, sie sahen Erfolge ihrer Arbeit und konnten sich anschließend ganz auf das nächste Teilstück konzentrieren und zielgerichtet

weiterarbeiten. Doch oft erst nach dem dritten Schnitt konnte Rosa sagen: "Der Teil Doppelbelastung spricht für sich jetzt, diese Hektik kommt gut raus."

Nach der vorläufigen Fertigstellung des Teilstückes 'Doppelbelastung' wurde an dem Teil ' Frauenarbeit im Druckgewerbe' weitergearbeitet.
Aufgrund eines Briefes von der Hochschule für bildende Künste mit der Bitte um Dreherlaubnis konnte in dem mittleren Kleinbetrieb, in dem Rosa arbeitet, Videoaufnahmen gemacht werden. Durch die langen vorherigen Gespräche konnte Gitta zielgerichtet filmen.
Fast alle Frauen arbeiten in der Buchbinderei. Sie stehen an Falzmaschinen, Schütteltisch oder machen Tischarbeiten. Es sind immer wieder die gleichen monotonen Handbewegungen: Papierstapel von der Palette nehmen, in die Maschine einlegen, anschließend wieder rausnehmen, absetzten oder verpacken. Dabei müssen sie sich voll auf die Arbeit konzentrieren, es darf beispielsweise kein Blankobogen dazwischen sein, die Anlagemarken müssen stimmen.
Doch gerade an dem Tag, an dem die Videoaufnahmen gemacht wurden, war nicht viel Arbeit da. So konnte nicht die Hektik, die Enge durch die Palettenstapel gezeigt werden, wie das normalerweise der Fall ist.

Durch den intensiven Arbeitsprozeß an einem Teilproblem konnte dieses, ausgehend vom inhaltlichen Aspekt, durch eine ihm entsprechende filmische Form dargestellt werden. "Das Material hat das Recht, zu fordern, daß man es analysiere, daß man es liebgewinne und sich darauf stütze, um reales Leben darzustellen." (Tretjakov, Schriftsteller in der Sowjetunion) (2)

In diesem Film hat jeder einzelne Teil, entsprechend dem Inhalt, den Aufnahmebedingungen, dem filmischen Material eine ihm entsprechende Form.
Im Teil 'Frauen im Streik' war z.B. kein unter diesem Aspekt zielgerichtet gedrehtes Material vorhanden, deshalb mußte durch Kommentare, Zwischentitel, dem Zuschauer Zusatzinformationen vermittelt werden.

Der Teil 'Doppelbelastung'spricht durch das dokumentarische Material ganz für sich. Der Teil 'Gewerkschaftliche Arbeit' wiederum konnte nur durch Interviews vor einem Betrieb, vor dem Gewerkschaftshaus, dargestellt werden, da die IG Druck und Papier jede Bitte um Dreherlaubnis ablehnte.

Die Gliederung des Films in Teilstücke erleichtert dem Zuschauer sich auf einen Aspekt zu konzentrieren, in der anschließenden Diskussion kann er sich vielleicht besser darauf konzentrieren.
Ein weiterer wichtiger Aspekt, der für die 'Teilstückchenarbeit' sprach, war ein medienspezifischer.
Beim Videoschnitt muß mit dem ersten Schnitt begonnen werden, welcher der ersten Einstellung im Film entspricht. Es muß fortlaufend bis zu letzten Schnitt Szene an Szene elektronisch aneinander geschnitten werden. Wenn man auf einem Band die einzelnen kleinen Filme geschnitten hat, so kann man beim Endschnitt noch leicht Veränderungen vornehmen, denn man kann die einzelnenTeile als Ganzes überspielen und muß nicht alle Schnitte von neuem machen.

Darstellung der Wirklichkeit

Im Laufe der Arbeit stellte sich immer wieder heraus, daß Szenen, die unmittelbar die Wirklichkeit aufzeigen viel überzeugender und spannender wirken, als Szenen, in denen eine Person über bestimmte Ereignisse vor der Kamera berichtet. Es muß auch die Gefahr gesehen werden, daß Probleme als individuelle erscheinen, wenn sie nicht verallgemeinert werden.

Um nicht nur die konkrete Situation von Rosa im Film zu zeigen, sondern auch andere Frauen und Männer zu Wort kommen zu lassen, wurden zehn Kolleginnen und Kollegen die vier kleinen Filme von fünf bis zehn Minuten Länge gezeigt. Nach jedem einzelnen Film wurde über die darin angeschnittenen Probleme diskutiert. Diese Diskussion wurde mit der Kamera aufgezeichnet.

Hinter die einzelnen Filme wurden nun die anknüpfenden und weiterführenden Punkte der Diskussion geschnitten, sodaß ein zusammenhängender Film von 60 Minuten Länge entstand.

Nach dem gemeinsamen Ansehen meinte Rosa: "Es ist eigentlich alles so ein bißchen durcheinander, nich? Die Diskussion würde ich vielleicht ganz rauslassen, sie bringt nichts Neues, ist nur eine Wiederholung. Schade, es ist ja eigentlich keine richtig gute Diskussion entstanden."

Diese Diskussionsteile wurden wieder herausgenommen und es wurde versucht durch typische Situationen die Wirklichkeit auf eine verallgemeinernde Weise darzustellen.
Durch die Szene-wie Rosa mit ihrem Monatlohn von 1 000 Mark nach Hause kommt, die vielen Ausgaben abzieht, rechnet, daß ihr noch 300 Mark für den ganzen Monat zum Leben bleiben, nervös von der Arbeit ihren Sohn anschreit - wurde beispielsweise die Überleitung von dem Teil 'Frauenarbeit im Druckgewerbe' zu dem Teil 'Doppelbelastung' geschaffen.

Es zeigte sich immer wieder, daß die Aufnahmen am überzeugendsten, am eindringlichsten auf den Zuschauer wirken, die genau in dem Moment mit der Kamera aufgezeichnet wurden, in denen sich die Probleme am deutlichsten stellten; z. B. genau zu dem Zeitpunkt, als Rosa mit ihrem Monatslohn nach Hause kam, kurz vorher eingekauft hatte und nun ziemlich er-
Hause kam, kurz vorher eingekauft hatte und nun ziemlich erschöpft war. "Und nu auch noch die Filmerei!" Aber im nachhinein sah sie, daß die Situation am Wochenende eine ganz andere gewesen wäre, da hätte sie spielen müssen.
Wildenhahn dazu:"Es ist der kluge Erfahrungskern des Dokumentaristen: Keine klugen Nachgedanken, sondern im richtigen Moment da und aufnahmebereit sein." (3)

IG-Druck und Papier unterstützt den Film nicht

In dem Film war es nicht möglich die gewerkschaftliche Arbeit der Frauen in der IG Druck und Papier darzustellen. Innerhalb der Ortsvereins Hamburg gibt es einen Frauenausschuß, dessen Aufgabe es ist, Frauen bei der Lösung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Problemen zu beraten. Dieser Ausschuß hat keinerlei Entscheidungsbefugnis, sondern nur eine beratende Funktion.

Nach mehrmaligem Verschieben stimmte der Ortsvereinsvorstand einer Frauenveranstaltung zu, aber nur für gewerkschaftlich organisierte Frauen. Dazu wurde die Frauenreferentin des Hauptvorstandes eingeladen. Sie hielt einen Vortrag über das Thema: "Frauen in der Bundesrepublik - zwischen Anpassung und Widerstand".

Innerhalb des Filmes sollte diese Veranstaltung ein Teil der gewerkschaftlichen Arbeit von Frauen dokumentieren. Doch trotz zahlreicher Bitten um Drehgenehmigung beim Ortsvereinsvorstand und Frauenausschuß konnten nur Aufnahmen vor der Türe gemacht werden. Die Frauenreferentin lehnte es ab, nach der Veranstaltung ein Interview zu Fragen der gerechten Eingruppierung von Frauen zu geben. Genausoweinig durfte auf einer Frauenausschußsitzung gefilmt werden. Der Brief von Rosa wurde einfach übersehen; sie schreibt: "Ich verstehe es gar nicht, daß von meiner Organisation dieser für uns Frauen sehr wichtige Film nicht unterstützt wird."
Dieser Boykott der IG Druck und Papier einer solchen Medienarbeit muß sicherlich in Zusammenhang mit dem Ausschlußanarbeit muß sicherlich in Zusammenhang mit dem Ausschlußantrag gegen Agnes Handwerk gesehen werden. (siehe medienarbeit 9) Die Gewerkschaftsführung will jede eigenständige Arbeit ihrer Mitglieder verhindern. Sind die Forderungen des Vorsitzenden der IG Druck und Papier Loni Mahlein auf der 5. Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier nur leere Worte?
"Die Schaffung gewerkschaftsnaher - nicht unbedingt gewerkschaftlicher - Kommunikationsmittel, wie Tageszeitungen, Illustrierte, politische Wochenzeitungen, Filmproduktionen u.ä. muß ernsthafter unter politischen Gesichtspunkten und nicht unter finanziellen Überlegungen oder egoistischen Interessen diskutiert werden. Drittens muß die Verbindung zu den fortschrittlichen Kreisen der Wissenschaft und Intelligenz über das bisherige Ausmaß hinaus verstärkt werden. Die Bedeutung der Intellektuellen in der modernen Gesellschaft wächst rapide. Die Gewerkschaften brauchen unter ihnen Bundesgenossen..." (Protokoll der 5. Bundesfrauenkonferenz in Springen, S. 18)

Doch eine Gewerkschaft besteht nicht nur aus Vorständen, sondern letzten Endes auch aus Mitgliedern. Im Fall von Agnes Handwerk hat die letzte Deligiertenversammlung im Dezember den Tagesordnungspunkt Nr. 1 für die Versammlung am 24. Januar beschlossen: Gemeinsames Ansehen des Videofilms über den Streik in der Druckindustrie. Nun werden die Mitglieder darüber mitbestimmen, ob der Film Anlaß für einen Gewerkschaftsausschluß ist oder ob er nicht durch die Gewerkschaft unterstützt werden sollte.

Einsatzmöglichkeiten

Der Film 'Frauen im Druck' wird nach den Einsatzerfahrungen in Hamburg nochmals neu geschnitten, da noch einige inhaltliche und technische Mängel vorhanden sind.

Voraussichtlich wird er Anfang April über das MPZ und den Medienladen ausleihbar sein.
Der Film hat folgenden Aufbau:
- Frauen im Streik
- Frauenarbeit - Frauenlohn im Druckgewerbe
- Doppelbelastung einer berufstätigen Frau
- Gewerkschaftliche Arbeit

Der Film ist nicht nur für Frauen gemacht, die im Druckgewerbe arbeiten, sondern im weiteren Sinne für berufstätige Frauen, die in dem Film ihre eigenen Probleme in einer anderen Form wiedererkennen können.
Aber auch Männer sollen vor Augen haben, was die Frauen täglich leisten müssen, damit sie ein Verständnis für ihre Probleme bekommen und sich in Betrieb wie Gewerkschaft für die frauenspezifischen Probleme mit einsetzen.

Sinnvoll wäre es den Film in der gewerkschaftlichen Arbeit einzusetzen, sowohl in der Bildungsarbeit, als auch in aktuellen Auseinandersetzungen.

Wie Einsatzerfahrungen in der Schule zeigten, motivierte der Film die Schüler sich ausführlicher mit den Problemen der berufstätigen Frau auseinander zu setzten.

Literaturhinweise

(1) Dziga Vertov: Schriften zum Film
München 1973, Reihe Hanser, 8.80 DM

(2) Sergej Tretjakov: Die Arbeit des Schriftstellers
Aufsätze Reportagen Portraits
Hamburg 1972, Rowohlt, Das neue Buch 3 5 DM

(3) Klaus Wildenhahn: Über synthetischen und dokumentarischen Film
Kommunales Kino Frankfurt 1973 8 DM

Richtigstellung

In MEDIENARBEIT 9 war in dem Artikel "Video im Druckerstreik" zu lesen: "Z.B. hat die IG Druck und Papier im Streik nur ein Informationsflugblatt herausgebracht, während in Rundfunk und Fernsehen mit verfälschten Darstellungen die Stimmung in der Bevölkerung gegen den Streik geschürt wurde."(S.6)

Hierdurch könnte der Eindruck erweckt werden, daß nur ein Flugblatt verteilt wurde. Um es genauer zu sagen: Der Hauptvorstand hat fast täglich Streiknachrichten für die gesamte Bundesrepublik herausgebracht, die teilweise auch an die Bevölkerung verteilt wurden. Auf Initiative der Mitglieder des Ortsvereins Hamburg wurde erst gegen Ende des Streiks ein Flugblatt für die Hamburger Bevölkerung herausgebracht und massenhaft verteilt.

SchildGürgerstreich

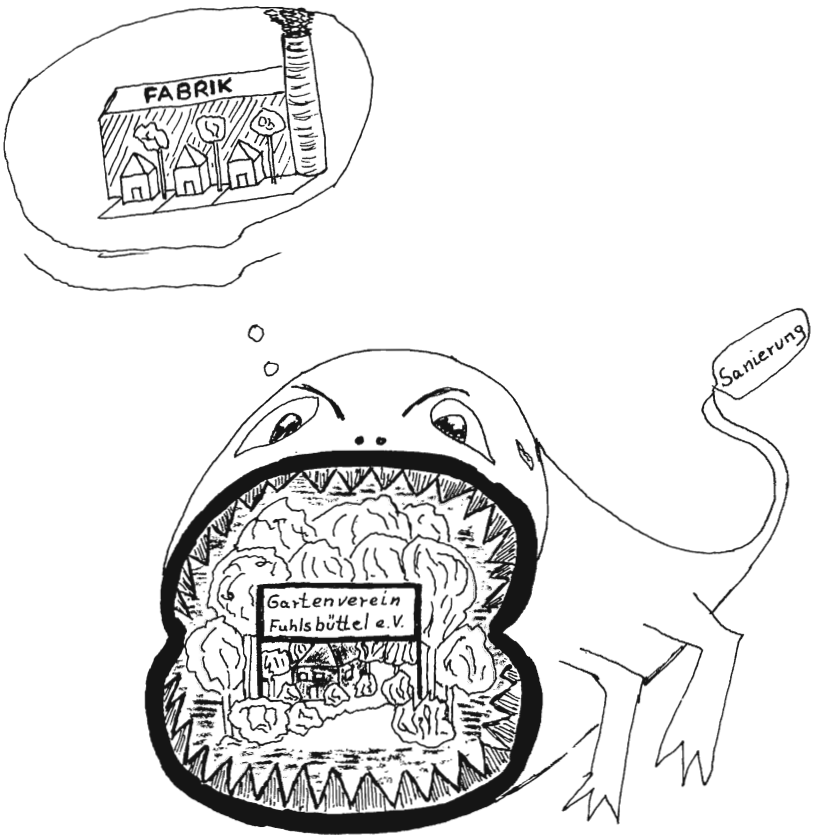
Behördenplanung contra Kleingärtner - Dokumentation einer Vertreibung

Kleingärtner können auf eine lange Tradition zurückblicken. Schon Anfang des I9. Jahrhunderts wurde der erste Schreberverein gegründet. Heute wie früher werden auf meist von der Stadt gepachtetem Gelände Obst und Gemüse angebaut, Blumen- und Kleintierzucht betrieben. Betrachten wir die Funktion der Kleingärten, so entdecken wir eine Freizeitbeschäftigung, die einen starken Gegenpol zum Alltag bildet. Weiterhin müssen wir sehen, daß sich durch das Vereinsleben, durch die Zusammenarbeit in den Gärten viele Möglichkeiten, soziale Kontakte zu knüpfen, ergeben. Gerade in Notsituationen, wie z.B. dem I. Weltkrieg, wird die Bedeutung von Kleingärten in bezug auf die Lebensmittelversorgung besonders klar. Wichtig ist auch, daß für Familien aus den unteren Schichten ein Kleingarten oft die einzige Möglichkeit, im Urlaub ein wenig auszuspannen, ist. Denn eine Reise konnten und können sich viele nicht leisten.

Eigentlich hatten wir uns über solche Fragestellungen betreffs Kleingärtner früher keine Gedanken gemacht, bis wir vom Abriß des Geländes des Gartenvereins Fuhlsbüttel e.V. erfuhren. Eine Vertreibung der dort wohnenden Kleingärtner zu verhindern, war nicht mehr möglich. Wir beschlossen aber dennoch eine Dokumentation über die hier eingeschlagene "Sanierungspolitik" herzustellen. Denn andere Gartenvereine befinden sich in einer ähnlichen Situation. Für diese ist es wichtig, die Behördenerfahrungen anderer Kleingärtner für sich auszuwerten und rechtzeitig aktiv zu werden.

Wir luden ein Vorstandsmitglied des Gartenvereins ins Medienzentrum ein. Er berichtete uns über die Behördenplanung und die Situation des Gartenvereins, dessen Gelände in Hummelsbüttel hinter dem Neubaugebiet Lentersweg liegt.

Auf dem Gartengelände, das schon seit 60 Jahren besteht, wurden in der Not der Nachkriegssituation nach 1945 Behelfsheime gebaut. Die meisten Kleingärtner bauten ihre Häuser selbst, und die Behörde erteilte ihnen nachträglich eine widerrufliche Baugenehmigung. Der Wohnungs- und Sozialbehörde kam diese Eigeninitiative damals auch sehr gelegen, da Wohnungen äußerst knapp waren. Obwohl den Gartenbewohnern in den 50er und 60er Jahren immer wieder versichert wurde, daß bei kommenden Sanierungen die Häuser und das Gelände erhalten bleiben, existierte aber gleichzeitig eine Planung, einen Teil des Geländes in Gewerbegebiet umzuwandeln. Darauf angesprochen, vertröstete die Be-



hörde die verunsicherten Kleingärtner immer wieder, bis Mitte 1976 die Kündigung ausgesprochen wurde, und die Kleingärtner mit einem im Mai 1976 neu verabschiedeten Bebauungsplan vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Danach soll ein großer Teil des Geländes in Gewerbegebiet umgewandelt werden. Bisher gibt es allerdings nur einen Betrieb, der sich dort niederlassen will. Wie wir erfuhren, geht die Planung über 30 Jahre, was ohne Zweifel heißt, daß hier die Stadt auf Steuereinnahmen spekuliert. Vorrang für die Industrie, die Kleingärtner interessieren überhaupt nicht. Doch das ist noch nicht die ganze Planung. Ein anderer Abschnitt mit bisher 75 bebauten Gartenparzellen soll abgerissen werden, um Platz zu machen für 73 Parzellen mit Typenlauben aus Holz. 5 Millionen DM Steuergelder werden verbraten, um aus gewachsenen Kleingärten wieder Kleingärten zu machen. Steinhäuser mit Strom- und Telefonanschluß und sanitären Einrichtungen und Gärten mit bis zu 60 Jahre alten Obstbäumen werden abgerissen, das Gebiet eingeebnet und neu parzelliert. Dann dürfen dort nur noch Holzlauben aufgestellt werden - es gibt ca. 10 genormte Typen -, die ohne Stromanschluß, ohne WC und viel kleiner sind, und in denen das Wohnen verboten ist. Eine solche Laube kostet zwischen DM 8.000,- und DM 30.000,-. Da die Bewohner des Gartenvereins vor allem ältere Menschen sind, die sich einen neuen Garten finanziell nicht leisten können, werden sie so aus ihrem bisherigen sozialen Umfeld herausgerissen. Sie bekommen Wohnungen in den benachbarten Siedlungen (Lentersweg, Tegelsbarg) zugewiesen. Das heißt für sie: Statt Bäume - Beton, statt der langjährigen Kontakte im Garten, statt Kinder- und Gartenfesten - Isolation. Dazu kommen die viel höheren Mietkosten.

Da die Behörde so geschickt war, die Kleingärtner einzeln anzusprechen und schon vor dem Kündigungstermin zur Wohnungssuche aufforderte, gingen die ersten Proteste gegen diese "Wegsanierung" auch nur von einzelnen Betroffenen aus. Protestschreiben wurden an die Parteien, die Bürgerschaft, den Bezirksausschuß etc. gesandt und Unterschrif-

ten gesammelt. Es war aber schon zu spät für diese Maßnahmen, da die meisten Kleingartenbewohner ihren Garten und ihr Haus schon aufgegeben hatten. Auch von der benachbarten "Interessengemeinschaft um den Lentersweg e.V." kam keine Unterstützung, was wohl auch in der Verfilzung des Vorstandes dieser Bürgerinitiative mit den verantwortlichen Parteien seinen Grund hat. Obwohl der Gartenverein direkt an das Neubaugebiet Lentersweg grenzt, wurde das Problem nicht einmal auf der Mitgliederversammlung angesprochen.

Da auch das eingeladene Mitglied des Gartenvereins die von uns vorgeschlagene Videodokumentation für sinnvoll hielt, vereinbarten wir ein Treffen mit den noch aktiven Kleingärtnern im Gartenverein. Bei einem Rundgang durch das Gelände, den wir mit der Videokamera begleiteten, schilderten die Kleingärtner die Situation im Gartengelände und stellten uns den Schriftwechsel mit der Behörde und die verschiedenen Bebauungspläne für die Videodokumentation zur Verfügung. Beim nächsten Treffen im Medienzentrum waren ca. IO Kleingärtner anwesend. Wir zeigten ihnen die bisher aufgenommenen Bänder und besprachen gemeinsam das Konzept für

nommenen Bänder und besprachen gemeinsam das Konzept für

den Videofilm. Zwar wurde das Band allein von Medienzentrumsmitgliedern geschnitten, es wurde aber anschließend mit den Kleingärtnern gemeinsam besprochen. Bei diesem Treffen wurden auch die Einsatzmöglichkeiten diskutiert. Das Band soll zum einen bei der nächsten Mitgliederversammlung des Gartenvereins gezeigt werden, zum anderen auch im Neubaugebiet Lentersweg, um die Vorgehensweise des Vorstandes der "Interessengemeinschaft" zu entlarven. Die Kleingärtner machten auch den Vorschlag, den Film in der nächsten Bezirksversammlung des Ortsamtes vorzuführen, um die Vertreter der Parteien einmal mit ihrer "Planung" zu konfrontieren. Weiterhin ist der Einsatz in anderen Gartenvereinen mit einer ähnlichen Problematik und im Stadtteil geplant.

Politische Zensur in der Berufungspraxis

(Beitrag der Fachschaft Theater- ,Film- und Fernsehwissenschaft , Universität Köln)

Die Macht der herrschenden Programm- und Bewußtseinsindustrie wird zunehmend durchbrochen von alternativen Produkten. Ob in der Produktionssphäre (Lip in Besancon / Pierburg) oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen gesellschaftlich-politische Bewegungen gewachsen sind (z.B. Anti-KKW-Bewegung) erhalten mediale Produkte eine andere Funktion. Aufgrund der politischen Position und der kollektiven Kommunikationsstruktur werden Film und Videobänder zu Mitteln, sich seiner eigenen Erfahrungen bewußt zu werden und die Lebenszusammenhänge kollektiv zu organisieren.Dadurch werden diese zu Arbeitsinstrumenten, mit deren Hilfe Wirklichkeit verändert werden kann.
mit deren Hilfe Wirklichkeit verändert werden kann.
Damit die Auswirkungen der Programm- und Bewußtseinsindustrie erkannt werden und damit alternative Produktion nicht in blinden Aktionismus ausartet, ist die wissenschaftliche Analyse als Teil der Praxis mehr denn je eine Notwendigkeit.
Das Kölner Institut für Theater-,Film- und Fernsehwissenschaft sieht hierin den Schwerpunkt seiner Arbeit. Seit Anfang der 70er Jahre wird dieser Aufgabe auch unter dem Aspekt der Entwicklung einer eigenständigen Methode,nachgegangen. 1973 erkämpften die Studenten durch einen semesterlangen Streik eine H4 Stelle (Professor mit Assistent) mit dem Schwerpunkt Film- und Fernsehwissenschaft, die nach der kurz vorher vollzogenen Fachumwandlung von Theaterwissenschaft in Theater-,Film- und Fernsehwissenschaft sowohl zur Forschung als auch zur Lehre notwendig war. Die vom Minister für Wissenschaft wieder zur H3 Professur (oder wissenschaftlicher Rat) degradierte Stelle sollte Anfang

Januar '74 durch eine Berufungskommission der philosophischen Fakultät besetzt werden. Dieser Professoren-Club sprach jedoch, dem vom Institut (d.h. Studenten und Dozenten) favorisierten Kandidaten, Klaus Kreimeier, aufgrund der fehlenden Habilitation, die Qualifikation für diese Stelle ab und strebte ein weiteres Berufungsverfahren an. In diesem lehnte die Kommission den diesmal vom Institut favorisierten Kandidaten Goetz Dahlmüller ebenfalls ab. Die zwischenzeitlich von zwei Assistenten verwaltete Stelle sollte endlich 1976 durch ein weiteres Berufungsverfahren besetzt werden, aber: die Kommission sprach auch diesmal dem vom Institut favorisierten Bewerber, Dieter Prokop, die Qualifikation ab.
Die drei Kandidaten waren nicht habilitiert und ihre Veröffentlichungen wurden nicht als habilitationswürdig angesehen, was wohl weniger über die Wissenschaftler als über die Professoren der Kommission aussagt. Kreimeier ist z.Zt. Lehrbeauftragter an der Universität Zürich, Dahlmüller ist Professor für Philosophie und Kommunikationstheorie am Fachbereich Sozialpädagogik der FHS Hildesheim und Prokop ist Dozent an der Uni Frankfurt.
Hildesheim und Prokop ist Dozent an der Uni Frankfurt.

Die Praktiken der Berufungskommission sind mehr als skandalös. Acht Professoren und zwei an die Schweigepflicht gebundene Vertreter des Instituts (Ordinarius und Assistent) verhandeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Hearings finden nicht statt. Wie und nach welchen Kriterien die Arbeit der Bewerber diskutiert und eingeschätzt wird, ist für uns Studenten nur Gegenstand von Spekulation.
Am Anfang des Verfahrens erhalten wir die Liste der Kandidaten - nur weil der Studentenvertreter die Schweigepflicht bricht - und am Ende das Resultat der Professoren - Mauschelei (= Ablehnung).
Um die Absurdität der Situation erkennen zu können, muß man wissen, daß in der Berufungskommission acht fachfremde Professoren sitzen,die nach Aussage der Dekanin gerade die notwendige Objektivität gewährleisten. Doch die Ergebnisse der Verfahren zeigen weniger die Objektivität

als die fachliche Inkompetenz dieser Kommissionsmitglieder. Die Dekanin, Frau Ströker, erklärte gegenüber Fachschaftsvertretern,daß es bei der Beurteilung der Bewerber allein darauf ankomme, ob diese "objektiv wissenschaftlich" gearbeitet hätten: dies könne nur von Leuten entschieden werden, die selbst bereits ("objektiv") wissenschaftliche Leistungen vollbracht hätten.
Wer den an der Kölner Uni herrschenden Wissenschaftsbegriff kennt, weiß was 'Objektivität' bedeutet. "Wissenschaftler" wie RenéKönig, Alphons Silbermann und das Vorstandsmitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft, E.K. Scheuch, sind die exponierten Vertreter der positivistischen Methode, welche in den anderen Instituten ebenfalls unter dem Schein der Objektivität und der"reinen Wissenschaftlichkeit" ihr Unwesen treibt.
Diesem zur Stabilisierung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse falschen Verständnis von Wissenschaft setzen wir die dialektische und materialistische Methode als eine wissenschaftliche entgegen: wir erachten es nicht für hinreichend, "Oberflächenerscheinungen" mit empirischen Daten zu erfassen, man muß die Massenmedien kritisch ana-
Daten zu erfassen, man muß die Massenmedien kritisch ana-
lysieren, indem man die gesellschaftlichen, materiellen Ursachen als bewegende Faktoren erkennt. Die Besetzung der H3 Stelle ist primär ein politischer Konflikt. Die an der Uni herrschenden reaktionären Professoren versuchen langsam aber gezielt und mit Ausdauer unser Institut trocken zu legen. Denn aufgrund dieser Verzögerungsstrategie ist die Studiensituation am Fach sowohl für die Studenten als auch für die Dozenten unerträglich geworden. Da der Studiengang in der BRD einmalig ist und der im Wintersemester zum erstenmal angewandte NC für Nebenfachstudenten nicht greift (derjenige, der als Hauptfachstudent nicht angenommen wird studiert im Nebenfach), ist die Studentenzahl auf 800 angestiegen. Überfüllte Seminare, fehlende Diskussionen, verschulter Wissenschaftsbetrieb, mangelnde wissenschaftliche Betreuung von Hauptseminar- und Abschlußarbeiten (nur Professoren sind zur Betreuung berechtigt) und nicht zuletzt die ungeheure Überbelastung, der die vier die Plan-

stellen besetzenden Dozenten unterliegen (ein Professor und drei Assistenten), machen sinnvolle Arbeit unmöglich.

Nach dem ergebnislosen Ende des dritten Berufungsverfahrens im November 1976 hatten wir uns entschlossen, da wir in dem am 17.1.77 anlaufenden vierten Berufungsverfahren keine Möglichkeit sahen und sehen, den Konflikt mit der Fakultät zu lösen (die Zusammensetzung der Berufungskommission hat sich nicht geändert, die gleichen inkompetenten Professoren, wieder keine Öffentlichkeit, kein Offenlegen der Kriterien.....) uns an das Wissenschaftsministerium des Landes zu wenden, da dies sowohl bei der Fachumwandlung als auch bei der Genehmigung der H3 Stelle großes Interesse am Fach und an unseren Bedürfnissen zeigte. Wir informierten auch die universitäre und lokale Öffentlichkeit durch Flugblätter und Zeitungsberichte, da wir glaubten, daß hier nicht nur die Interessen der Studenten sondern auch der Öffentlichkeit, der Kino- und Fernsehzuschauer zur Diskussion stünden.
In dieser Situation ereignete sich ein sonderbarer Zufall. Die Dekanin, Frau Ströker,wurde, nach eigenen Angaben,am Samstag, den 4.12.76 abends gegen 22.30 Uhr im menschenleeren Philosophikum von zwei jungen Männern tätlich angegriffen; ihr soll angedroht worden sein, sie solle die H3 Stelle mit den Favoriten der Studenten besetzen (und die anstehende Studienordnung für das Erziehungswissenschaftliche Studium für Lehramtskandidaten nicht erlassen). Die Dekanin erlitt Prellungen und einen Schock.
Dieser"Vorfall" wurde von der Fakultät zur Hetze gegen die studentische Interessenvertretung mißbraucht. Der Sprecherrat der philosophischen Fakultät und die Fachschaft unseres Instituts wurden in die Nähe krimineller Elemente gerückt und ihre Politik als funktional für solche Handlungen diffamiert obwohl sich beide davon distanziert hatten. Dieser"tätliche Angriff"auf die Dekanin muß jedoch mißtrauisch machen, da Frau Ströker nach eigenen Angaben aufgrund ihres erlittenen Schocks weder in der Nacht vom Samstag auf Sonntag, noch am folgenden Sonntag die Polizei

„Und nicht vergessen, Frau Professor,
es waren Studenten!"

benachrichtigte, sondern dies erst in der darauffolgenden Woche vom Prodekan erledigt wurde.
In der Einschätzung dieses"Vorfalls" müssen Erfahrungen der Kölner Studenten mit einbezogen werden: 1971 täuschte
der Kölner Studenten mit einbezogen werden: 1971 täuschte
Prof.B. Rubin am Samstag vor den Landtagswahlen in Schleswig Holstein eine Entführung durch die 'Baader-Meinhof-Bande' vor. Er wurde wegen Vortäuschung einer Straftat zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt und an der Uni beurlaubt. Auf dem Höhepunkt einer Auseinandersetzung (1973 Streik der Studenten) zwischen Studenten und Professor Scheuch an der Uni Köln anläßlich der Entlassung des fortschrittlichen Ehepaars Kaupen am Institut für Soziologie erhielt Scheuch, nach eigenen Angaben, eine Bombendrohung, was die Zeitungen zu einer Hetzkampagne gegen "links - radikale Studenten" ausnutzten. Weder ist Scheuch damals von einer Bombe zerrissen worden, noch hat er jemals empirische Beweise für seine Behauptung erbracht, wie es sich für einen guten Lehrer der "Kölner empirischen Schule" eigentlich von selbst verstände.

Wir lassen uns jedoch nicht von der Vertretung unserer Interessen abhalten und werden weiter kämpfen.

Nachtrag

Heute, am 16.2.77 um 14 Uhr war die Laudatio auf Frau Professor Dr.Möhrmann, Literaturwissenschaftlerin aus Duisburg. Die Besetzung der H 3-Stelle mit dieser Literaturwissenschaftlerin bedeutet nicht nur eine politische Niederlage der Studenten, sondern auch ein Rückgängigmachen der Fachumwandlung von Theaterwissenschaft in Film- und Fernsehwissenschaft.

Am 14. und 15.Februar hatten die Studenten des Faches mit einem aktiven Warnstreik (es wurden Alternativseminare, von Studenten vorbereitet, durchgeführt zum Problem des Fachverständnisses aus historisch-materialistischer Sicht) demonstriert, daß sie trotz der sich abzeichnenden Niederlage bereit sind, auch im nächsten Semester weiterhin unter den gleichen Forderungen (Öffentlichkeit der Berufungskommission und Besetzung der H 3-Stelle mit Prokop) mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für deren Durchsetzung zu kämpfen. Das, was der Fachordinarius unterlassen hat, unternahmen sowohl die Studenten, als auch die Assistenten des Fachs, indem sie heute ein Sondervotum gegen die Besetzung der Stelle mit Frau Prof. Möhrmann einbrachten, das auch vom Uni-Asta unterstützt wird.

Wenn unsere Forderungen (s.Sondervotum) nicht erfüllt werden, werden wir im Sommersemester verstärkt eigene Aktivitäten entwickeln. Zum einen werden wir von Studenten initiierte Alternativseminare vorbereiten, die unserem Fachverständnis entsprechen und zur Weiterentwicklung unseres Ansatzes von Medienwissenschaft dienen. Weiterhin werden wir die Diskussion in den laufenden Lehrveranstaltungen weiterführen. Außerdem werden wir die im letzten Semester begonnene Öffentlichkeitsarbeit, die wir nicht nur hochschulintern, sondern auch bundesweit entwickelt haben, weiterführen. Zu unseren Aktivitäten im Streik haben wir einen Videofilm gedreht, den wir in den Semesterferien fertigstellen wollen, um ihn dann in unserer Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden.

Filmschau 76 - Stagnation

Vom 15. bis 19. Dezember fand im Hamburger Abaton-Kino und in einem in der Nähe aufgestellten "Kinozelt" nach dreijähriger Pause die Hamburger Filmschau erstmals wieder statt.

Sie stand unter dem Thema "Filmarbeit in Hamburg und Perspektiven für ein kommunales Kino". Gezeigt wurden künstlerisch aufgefaßte und politisch engagierte 16mm-, S-8- und Videofilme (nicht nur aus Hamburg). Im Kinozelt fanden Gruppenseminare zu praktischer Medienarbeit für Pädagogen, Stadtteilgruppen und Bürgerinitiativen statt. Außerdem wurden dort an zwei Tagen schwerpunktmässig Videoproduktionen gezeigt. Diese Veranstaltungen waren mässig bis schlecht besucht. Es zeigte sich, daß die Vorbereitungen zu kurzfristig erfolgten und die angesprochenen Zielgruppen nicht in dem wünschbaren Maße angesprochen werden konnten. Dies gilt auch für die Veranstaltungen im Abaton-Kino, in denen über die Notwendigkeit, Begründung und Zielsetzung eines kommunalen Kinos für Hamburg diskutiert wurde. Es gelang weder

unalen Kinos für Hamburg diskutiert wurde. Es gelang weder

diesen Zusammenhang überzeugend darzustellen, noch mit dem notwendigen Nachdruck gegenüber dem Hamburger Senat aufzutreten. So blieb es bei der Zusage Kultursenator Biallas, die er schon vor der Filmschau gab, nämlich die kommunale Kinoinitiative mit 150 000 bis 200 000 DM zu unterstützen, um ihr in angemieteten Kinoräumen die Durchführung von 3 bis 4 Programmen pro Jahr zu ermöglichen.

Die Zukunftsperspektive eines kommunalen Kinos für Hamburg bleibt ungewiß, zumal in der Initiativgruppe auch sehr unterschiedliche Vorstellungen nebeneinander fortbestehen.

Schade, denn eine Institution, die Retrospektiven zur Filmgeschichte, Übersichten über regionale und nationale Medienarbeit und Veranstaltungen anbietet, in denen ein historisches, gesellschaftliches und ästhetisches Verständnis von Medienarbeit und Medienprodukten erarbeitet werden und auf Medienpraxis bezogen werden kann, hätte seine Berechtigung und die sicherlich nicht nur in Hamburg.

Medienarbeit Nr.9 nicht ausgehändigt

Am I9.I.77 wurde "Medienarbeit" Nr. 9 zusammen mit dem ID und Info-BUG in einer Sendung an den Gefangenen Peter Schönwiese von der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Lübeck angehalten. Das heißt, diese Schriften wurden ihm nicht ausgehändigt, sondern zu seiner Habe gelegt, die er nach der Entlassung erhält.

Als Begründung dieser in der JVA Lübeck täglichen Praxis halten meist folgende Formulierungen her: "die Resozialisierung des Gefangenen ist gefährdet" oder "die Ruhe und Ordnung der Anstalt wird beeinträchtigt".
Nach dem neuen bundeseinheitlichen Strafvollzugsgesetz dürfen aber nur Schriften, "deren Verbreitung mit Strafe oder Geldbuße bedroht ist" oder Teile von Zeitschriften, die

"die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erheblich gefährden würden" (§ 68 StVollzG) angehalten werden. Zeitschriften und Zeitungen, die im Handel öffentlich zugänglich sind - wie auch "Medienarbeit", ID und Info-BUG - müssen ausgehändigt werden. Daß allein die pauschalen Begründungen "Gefährdung der Ruhe und Ordnung und der Resozialisierung" für eine Anhalteverfügung keine ausreichende Grundlage bieten, bekräftigt auch ein Urteil des Oberlandesgerichts Celle.

Wir Medienarbeiter protestieren entschieden gegen diesen offensichtlichen Verstoß der JVA Lübeck gegen das Strafvollzugsgesetz und gegen das Grundrecht der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, das auch für Gefangene gilt. Wir unterstützen die Beschwerde von Peter Schönwiese und fordern die sofortige Aushändigung der Zeitschriften "Medienarbeit", ID und Info-BUG.

Neues Medienzentrum in Berlin

Wir, die "medienoperative berlin", eröffnen im März unser Medienzentrum

Pallasstraße 8/9
1ooo Berlin 30.

Wir arbeiten momentan schwerpunktmässig im Schul- und sozialpädagogischen Bereich mit Video. Darüberhinaus sollen für Gruppen und Initiativen Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen zum praktischen Medieneinsatz. Mit der Gründung des Zentrums wollen wir einen Beitrag leisten zur Koordinierung und zum Erfahrungsaustausch Berliner Medienarbeiter. Eine ausführlichere Darstellung unseres Arbeitsansatzes ist demnächst bei uns erhältlich.

la joie de lire...

Anmerkungen zur französischen Kultur- und Mediendiskussion

Vorbemerkung

Die Freude am Lesen ist zuweilen getrübt. Das muß nicht immer nur an dem Text liegen, sondern kann auch auf den Zusammenhang zurückgeführt werden, auf den er verweist, oder auch nicht verweist.

So ging es uns jedenfalls, als wir in den beiden letzten - vom Hamburger Medienladen herausgegebenen - Ausgaben des "videomagazins" drei Artikel abgedruckt fanden, die sich auf französische Kultur- und Medienarbeit beziehen. Unser Unmut bezog sich dabei nicht nur auf darin vorgetragene Ungereimtheiten und zum Widerspruch herausfordernde Behauptungen, sondern auch auf den Zusammenhang, in dem sie veröffentlicht wurden (bzw. auf den Verzicht, diesen zu erläutern).

Wir wollen dies zum Anlaß nehmen, die "Videomagazin"-Texte kurz vorzustellen und darauf die französische Situation - soweit es zum Verständnis der Artikel notwendig ist - zu umreißen. Dabei geht es wesentlich um eine Theorie und Praxis, die mit "Animation" und "Cinéma militant" bezeichnet wird.

Auf Übertragungen und Konsequenzen, die der Medienladen bezüglich dieser Beiträge sieht, wollen wir in einem späteren Artikel ausführlicher eingehen.

Die Überlegungen zur Funktion der Zeitschrift "Videomagazin" verstehen sich als Diskussionsbeitrag zu einer solidarischen und kritischen Auseinandersetzung, die wir im Interesse einer Zusammenarbeit bei der Entwicklung fortschrittlicher Medienarbeit für notwendig halten.

Zu einzelnen Artikeln des "Videomagazins"

Im "Videomagazin 2" des Hamburger Medienladens erschienen zwei Artikel zur aktuellen Medienpraxis in Frankreich. Der eine (P.Flichy) beschreibt die Ansätze von Medienarbeit im Verständnis von "Animation" als Befriedungsstrategie und Versuchs der Erneuerung des herrschenden ideologischen Apparates und schildert anschließend - als Alternative dazu - die Arbeits- und Funktionsweise von "militanten Videogruppen". Der andere von G.Gauthier, dem Informationsdirektor der "Ligue de l'Enseignement", verfaßte Artikel nimmt für das Konzept der "Animation" Stellung, als einer die Kommunikation in der Gesellschaft fördernden Tätigkeit.

In "Videomagazin" 3 erschien dann ein Artikel von J.P. Fargier, der wortgewaltig und mit Gefühl für starke Formulierungen fordert:"Laßt das militante Kino sterben!" Er schließt darin aus, daß militantes Kino jemals außer vernünftigem Bewußtsein auch "Träume", "Leidenschaft" und "Emotionalität" vermitteln könnte. Militante Medienarbeit erhält von ihm den Stempel "Parteikino", ein Begriff, der ausschließlich negativ gemeint ist.

"Animation" der neue Leitstern ?

Wenn man sich mit dem (gibt es das überhaupt?) Konzept der "Animation" in der französischen Medienpraxis beschäftigt, darf man nicht außer Acht lassen, daß die französische Kulturpolitik (die der Herrschenden) nach 1945 andere Wege als in der BRD und Westberlin gegangen ist.

Die Regierungen der 4. und 5.Republik entwickelten eine Politik der "Planification" und der gesonderten Förderung der Provinzen, die in erster Linie die Beseitigung der Folgen des zweiten Weltkrieges, die Rekonstruktion der französischen Wirtschaft und die Behebung althergebrachter Infrastrukturprobleme (Dezentralisierung) zum Ziele hatten. Die kulturelle Planung ist Bestandteil der staatlichen Ein-

griffspoltik. Sie sieht einen Zusammenhang von wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Planung und erhofft sich durch die kulturelle Förderung, d.h. die Verbreiterung des Angebots und die Stimulierung erhöhter Teilnahme, Impulse vor allem zur Ankurbelung der Provinzen und damit zur Infrastrukturverbesserung (dies gilt vor allem für die Kulturpolitik der Zeit de Gaulles).

Die herrschende Kulturpolitik konnte mit ihrem Versuch der ideologischen Massenbeeinflußung nach 1945 an den kulturellen Komponenten der Resistance, dem Widerstand gegen die faschistische Besetzung im zweiten Weltkrieg, ansetzen. Während der Appell an die Volkseinheit und diese fördernde kulturelle Initiativen (z.B. Gründung von"Häusern der Jugend und der Kultur" ab 1944) im Kampf gegen den Faschismus ihren Sinn hatten, mußten diese Bestrebungen unter den geänderten Bedingungen der Nachkriegszeit eine affirmative Bedeutung erhalten: die nach wie vor bestehenden Klassenwidersprüche sollten zugunsten der Kraftanstrengung aller in der "Produktionsschlacht" vergessen werden. Nach dem offenen Aufbrechen dieser Widersprüche spätestens in der Mairevolte'68 bedurfte die Kulturpolitik und deren wichtigstes Mittel, die "Animation"(s.u.) in ihrer Begründung neuer Akzente: "Im wesentlichen ist die vorherrschende Ideologie bezüglich der Animation aufrechterhalten, aber unter einer veränderten Form. Es ist nicht mehr eine Frage der "Menschlichkeit", "Brüderlichkeit", sondern mehr prosaisch: der "Kommunikation", der "Teilnahme". (Cahiers du cinéma, No.248, 1973, S.19)

Heute gibt es in Frankreich etwa 2000 Häuser der Jugend und der Kultur, 9 Häuser der Kultur (1972), etwa 20 "Centre d'animation" und zahlreiche städtische Kulturämter und -räte, in deren Rahmen "Animateure" tätig sind. Darüberhinaus gibt es noch zahlreiche Konferenzen, Festivals,etc., die vom Staat gefördert werden. Diese gesamte staatliche Kulturförderung ist in den letzten Jahren von den Verantwortlichen unter dem Schlagwort "action culturelle" zusammengefaßt worden.

Die Zahl der "Animateure" betrug bereits 1969 über 20 000 (vgl. A.-H.Mesnard, L'action culturelle des pouvoirs publics, Paris 1969), die hauptberuflich oder ehrenamtlich tätig sind. Sie werden unterstützt von einem Bildungs- und Informationszentrum, das seit 1961 besteht und 1966 in "Assoziation technique pour l'action culturelle" umgewandelt wurde.

Zwei Ministerien, das Kultur- und das Agrarministerium, kommen für den Unterhalt von je einem Ausbildungszentrum für "Animateure" auf. Das eine ist in Paris und das andere in Dijon gelegen. Das Zentrum in Dijon bildet jährlich 50"Animateure" aus. Die Anzahl der vorhandenen "Animateure" ist nach Ansicht von A.-H.Mesnard unzureichend; bei konsequenter Umsetzung der "action culturelle"-Planung seien etwa 50 000 Animateure nötig (a.a.O.,S.262).

Die mit der "action culturelle" verfolgten kulturpolitischen Aktivitäten sollen "eine ununterbrochene Quelle kultureller Vorhaben bilden (...), indem sie der Kultur das Bild ernster Gelehrsamkeit nehmen und die gesellschaftlichen Barrieren brechen sollen, die den Zutritt den Volks-

lichen Barrieren brechen sollen, die den Zutritt den Volks-

klassen untersagt."(Aspects de la politique culturelle française, Paris 1970, S.19)

Diese allgemeine Zielbestimmung trifft zu für die mehr kunstpädagogische Konzeption der "Animation", die auf die Hinführung zur Teilnahme an der "hohen Kunst" abzielt und ihre soziale Basis im Bürgertum und Kleinbürgertum findet. Sie trifft aber auch genauso zu für die mehr sozialpädagogisch ausgerichtete "Animation", der es wesentlich um das Zusammenführen von Menschen und Gruppen, ihre Sensibilisierung, der Stärkung der kommunikativen und spielerischen Fähigkeiten geht und sich an breitere Schichten wendet.

Der Begriff der kulturellen Selbsttätigkeit von Personen und Gruppen spielt in beiden Richtungen der "Animation" eine untergeordnete Rolle. Wird sie im Rahmen der ersteren Konzeption ins Spiel gebracht, so ist sie nur Mittel zum

Zweck, d.h. sie soll durch analoge, den Stand der Entwicklung der künstlerischen Fähigkeiten der einzelnen berücksichtigende Produktion zum besseren Verständnis der "höheren Kunst" dienen. Nach Malraux (Kulturminister unter de Gaulles) erschließt sich dem einzelnen die Kunst, wenn er sie nicht als "Nachahmung" der Welt, sondern als eine Art der "Eroberung" begreifen lernt.

Im Rahmen der mehr sozialpädagogischen "Animation" wird kulturelle Selbsttätigkeit in erster Linie beschränkt gesehen auf die individuelle Sensibilisierung, Aktivierung und Stärkung der kommunikativen Fähigkeiten. Werden darüberhinaus der Einsatz von technischen und apparativen Fähigkeiten zur Vermittlung von Einsichten, Meinungen, usw. notwendig, so verbleibt der Umgang mit den notwendigen Medien zumeist bei den Spezialisten, den "Animateuren".

Die Tätigkeit der "Animateure" ist entsprechend vielfältig. Sie beinhaltet die Zusammenstellung der Programme der staatlichen Institutionen(s.o.), Moderation, Gesprächs- und Spielleitung, Anleitung und Mentorierung künstlerischer Eigentätigkeit, Schaffung der Vorraussetzungen, um dem Einzelnen das in sich Versenken in Kunstwerke zu ermöglichen, etc..

Bei der Kulturarbeit einiger Städte, z.B. der von Rennes, sind die Grenzen zwischen der Kulturvermittlung und der Sozialarbeit nicht mehr deutlich, scheinen aufgehoben zu sein.

Das Konzept der "Demokratisierung der Kunst", der Hinführung an das "kulturelle Erbe" und der Dezentralisierung des Kulturangebots (Paris ist weiterhin Metropole und Schmelztiegel des künstlerischen Angebots) ist aber ganz offensichtlich in die Krise geraten. Das Verhältnis der Mehrheit

der Bevölkerung zur "action culturelle" ist dadurch gekennzeichnet, daß sie mit künstlerischen Mitteln und Formen konfrontiert wird, die mit ihrer sozialen Realität und deren Problemen nichts zu tun haben und deshalb Unwissen vertiefen und vielfach Unverständnis hervorrufen. Einbezogen werden die Zuschauer bei diesem Angebot einzig und allein in den Prozeß der Ausschmückung und Verkleisterung der Widersprüche ihrer Umwelt.

Die Desorientierung der arbeitenden Bevölkerung hat aber die "action culturelle" bisher kaum erreichen können, weil ihr einfach dafür die Basis fehlte und sie bislang nur die Mittelschichten und das Bürgertum erreichte. Die statistischen Erhebungen für den Besuch der Kulturhäuser sprechen für sich: von den Besuchern sind im Durchschnitt nur 2-3% Arbeiter, Bauern kommen so gut wie gar nicht (weniger als 1%), während Schüler und Studenten 35-40% der Besucher ausmachen. (Zahlen nach: "Aspects...",S.62)

Die in der "action culturelle" beschäftigten"Animateure" sind also angehalten, nach neuen Wegen der Integration der arbeitenden Bevölkerung zu suchen. Dabei liegt der Griff arbeitenden Bevölkerung zu suchen. Dabei liegt der Griff nach neuen AV-Medien nahe, die sich wegen ihrer vorgeblich "egalitären Struktur" diesem Unternehmen gera ezu anbieten (was die interessierte Industrie natürlich auch zu vermitteln weiß).

Die obigen Anmerkungen mögen genügen, um zu illustrieren, daß die Tätigkeit der"Animateure" und ihr Aufgabengebiet in Frankreich eng mit der herrschenden Kulturpolitik verbunden sind. Als solche sind sie auch Gegenstand der Kritik der politischen Linken in Frankreich geworden. Wir geben hier eine Einschätzung der PSU wieder, die wir weitgehend teilen:

"Die Animation hat eine soziale und ideologische Funktion
= sozial: in Selbstgenügsamkeit befangen, unterstützt sie den Status quo zwischen den Klassen und versucht durch die Teilnahme, die Mittelschichten zu integrieren.
= ideologisch: bezweckt die kulturelle Aktion

- abzulenken
- bürgerliche Werte zu propagieren
- den Einzelnen zu überzeugen, daß er die Gesellschaft verändern kann, ohne die Produktionsweise und die sozialen Bedingungen in Frage zu stellen."

(aus: "Combat culturel", No 2, juillet 1975)

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir wollen das Problem der "Animation" in der französischen Kulturpraxis nicht etwa in Form einer unfruchtbaren Gegenüberstellung "Animation" als bürgerlichen Reformismus und "Cinéma militant" als kulturrevolutionäre Medienarbeit diskutieren. Wir wissen, daß wir sehr genau nach den Widersprüchen in der herrschenden Kulturpolitik zu forschen haben und Ansatzpunkte für eine Kulturarbeit suchen müssen, von denen aus die Elemente demokratischer und sozialistischer Kultur zu stärken sind. In Frankreich gibt es in der Tat auch solche Ansätze (z.B. "L'unité cinéma" im Rahmen des Kulturhauses von Le Havre).

Für uns ist aber die zentrale Frage, was eine Übertragung der "Animation"-Diskussion auf die BRD-Situation bringen soll? Sind die Vorraussetzungen dafür gegeben? Wo kann man in der herrschenden westdeutschen Kulturpolitik überhaupt ähnliche Ansätze feststellen? Welches wäre denn die Zielgruppe hier, die den Animateuren in Frankreich vergleichbar arbeiten könnte?

Abrechnung mit "cinéma militant"?

Im "Videomagazin" 3 versucht der Medienladen mit dem Abdruck von Fargiers Artikel "Laßt das militante Kino sterben!", die "Diskussion um die beiden alternativen Positionen der politischen Arbeit mit Video"(S.2) weiterzuführen. Mit den beiden alternativen Positionen sind gemeint: das "militante Video" und "Video-Animation", wobei der Medienladen das militante Video zusammenfassend definiert als "auf die Herstellung von Produkten ausgerichtete Arbeit mit Video", die sich dem schon artikulierten Anspruch von Gruppen oder Parteien verpflichtet weiß: während "Video-

Animation" als "prozeßorientiertes Arbeiten" begriffen wird, das in der "Rolle des Geburtshelfers"(S.2) mit Medien politisches Bewußtsein initiert.

Mit der Veröffentlichung des Fargier-Artikels will der Medienladen - so die Formulierung in der Einleitung - weniger "in eine Diskussion um die dort vertretenen politischen Positionen"(S.2) einsteigen, sondern um die "Diskussion der konkreten Vorwürfe eines ehemals 'Militanten' gegen den Ansatz militanter Film- und Videoarbeit."(S.2)

Wenn man sich jedoch die konkreten Vorwürfe genauer ansieht (sofern überhaupt konkrete Vorwürfe in dem Artikel zu finden sind, dazu später), wird deutlich, daß diese Vorwürfe politischer Natur sind und als solche auch zu diskutieren sind. Ansonsten sehen wir nicht, wie die Artikel den formulierten Anspruch des Medienladens einlösen sollen, nämlich zur Diskussion der alternativen Positionen der politischen Arbeit mit Video beizutragen.

Welches sind nun die Vorwürfe, die Fargier gegen das militante Video und dem Film vorbringt und die ihn zu einer militante Video und dem Film vorbringt und die ihn zu einer "leidenschaftlichen Abrechnung" mit den Militanten gebracht haben.

Wir wollen hier nur kurz die wichtigsten Punkte zusammenfassen:

1. Militantes Video bringt die Leute nicht zum Sprechen, sondern zum Schweigen.
   Militantes Video spricht wie ein Oberlehrer.
2. Das Militante Video lebt von der Sprache, von der Sprache der Funktionäre, der politischen Führer, die ohnehin schon sprechen können.
3. Das Militante Video unterdrückt uns, es stellt nur das Schlechte dar, es träumt nicht (höchstens von der Macht, der Staatsmacht).
4. Das Militante Video ist das Video der Militanten, es erreicht nur die ohnehin bereits informierten und 'politisch' Bewußten.

5. Militantes Video ist gleich Partei = Staatskino, es kennt keine Widersprüche, nur die einzig richtige Wahrheit der Partei.
6. Das Militante Video bereitet heute die Diktatur über das Proletariat von morgen vor.

Fargiers Artikel erscheint in einer überraschenden, scheinbaren Novität, gerade was das Verhältnis "Cinéma militant" und "Partei" anbelangt. Nun ist aber gerade diese Diskussion in Frankreich mindestens so alt, wie der Aufschwung des "Cinéma militant" nach der Revolte'68 (vgl. z.B. "Cinéma politique",No.2 und die Einleitung von G.Hennebelle zum Buch "Cinéma militant"). In dieser Diskussion findet man immer wieder den Hinweis und die Kritik, daß die etablierten Parteien der Linken (hauptsächlich die PCF) ein borniertes Medienverständnis haben. Letztere messen oftmals die Produkte fortschrittlicher Medienarbeit mit den Kriterien der Medienindustrie und der bürgerlichen Öffentlichkeit. Gleichzeitig stellen sie entsprechende Wertmaßstäbe an die wenigen von ihnen initierten Medienprojekte. Im Hinblick auf diese Diskussion stellt sich die Frage, ob Fargier nicht von völlig falschen Vorraussetzungen bei seiner Kritik am "Parteikino" ausgeht.

Versucht man nun aus dem Artikel herauszufinden, wer denn nun diese Militanten sind, wie sie arbeiten, was für Produkte sie gemacht haben, die so zu kritisieren sind, daß sie "die Diktatur über das Proletariat von morgen" vorbereiten können (was Video alles leisten kann !!!!), wird man jedoch herbe enttäuscht. Bis auf einige wenige vage Hinweise z.B. auf Fargiers eigene "superlinke""ML"-Medienpraxis-Vergangenheit, sind kaum konkrete Belege zu finden, die die Vorwürfe Fargiers ernsthaft untermauern könnten.

Z.B. kritisiert Fargier an den militanten Videoprodukten, daß sie keine Diskussion auslösen, sondern die Zuschauer nach der Vorführung zum Schweigen bringen. Abgesehen davon, daß das Nichtzustandekommen einer Diskussion nicht allein mit dem Medienprodukt zusammenhängt, sondern mit vielen anderen Faktoren (z.B. Vorführsituation, Vorbereitung auf den

Diskussionzusammenhang, Struktur und Bewußtsein der Teilnehmer,etc.), wäre doch gerade konkret auszuführen, welche Medienprodukte, in welcher Situation, bei welchen Leuten, warum (etc.) keine Diskussion ausgelöst haben, welche Funktion diese hatten und wie der mediale und gesellschaftliche Entstehungszusammenhang aussah, der zu solchen und nicht zu anderen Medienprodukten geführt hat.

Die Methode des "Rundumschlags", allgemeine (sicher z.T. auch mit Recht zu kritisierende)Erscheinungsweisen militanter Videoarbeit zu kritisieren (z.B. der Vorwurf, daß die militanten Videofilme von der Sprache, vom aufgesetzten Kommentar leben), ohne dies konkret an Beispielen auszuführen, zieht sich durchgängig durch den Artikel. So wird beim Leser der emotionale Eindruck erweckt, "militantes Video" hat was mit den Linken, mit den Kommunisten zu tun, die die 'Veränderung der Gesellschaft, die Revolution' propagieren, in Wirklichkeit jedoch die Menschen und deren Gefühle unterdrücken.

Hier liegt unserer Meinung nach auch die "Gefährlichkeit" des Artikels, vor allem wenn er - wie im"Videomagazin" -

des Artikels, vor allem wenn er - wie im"Videomagazin" -

unkommentiert neben anderen steht. Hierdurch werden bestimmte Vorurteile, Stimmungen und Haltungen, die auch bei uns zu finden sind - und die sicher auch mit realen Erfahrungen zusammenhängen - unbewußt verstärkt und verfestigt (z.B. Ablehnung jeglicher Organisation, Abgrenzung von den Linken, Rückzug zur 'neuen' Innerlichkeit).

Fargier scheint uns von einem Extrem ins andere gefallen zu sein: angesichts der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung, ihrer politischen Zersplitterung erscheint es "attraktiv", sich dieser Schwäche ein bischen anzupassen, jegliche organisierte Politik abzulehnen, Stimmungen nachzugehen und nicht mehr den Zusammenhang sehen zu wollen.

Was passiert nun, wenn (oder damit) das militante Video abstirbt?

Außer einigen Allgemeinplätzen und Floskeln hat Fargier hier nichts anzubieten und man fragt sich, wie diese Position

und "Perspektive" zur Weiterentwicklung der Diskussion um politische Videoarbeit beitragen soll:
"Wir wollen - und wir werden - jetzt (das wird aber auch Zeit!!!) Filme und Videobänder machen. Wir wollen - und wir werden - Filme und Videobänder machen, aus denen kein Staat entstehen wird."(S.9)
"Wenn das militante Kino und Video abstirbt, dann werden die Filme und Bänder von unseren Kämpfen schön und wirklich nicht beschissen sein."(S.9)
"Wir wollen unsere eigene Stimme hören. Wir wollen die Stimme der anderen hören. Von allen anderen lernen. Und ihre Gesichter sehen."(S.9)
"Wir wollen mit unseren Händen heute unser Bild von morgen malen."(S.9)

Spekulation - oder auf der Suche nach der Funktion des "Videomagazins"

Es liegt im Medienladen eine Praxis vor, die uns in ihren Hintergründen und Einschätzungen nicht einsichtig, nicht reflektierbar und kritisierbar ist. Dies muß betont werden, um deutlich zu machen, welche begründeten Erwartungen wir an das"Videomagazin" - neben dem bekannten Serviceanspruch - stellten:

die Begründung und Ansprüche an politische Medienarbeit, welche Konzeption, welche Organisationsformen sich daraus ergeben, wie die bestehenden Ansprüche,Konzeptionen und Organisationsformen zu kritisieren sind und wie sich dies in der eigenen Praxis widerspiegelt; um nicht mißverstanden zu werden, wir haben kein fertiges Konzept erwartet, wir haben begründete Fragestellungen, Schwerpunktsetzungen, Praxisbeschreibungen, Kritiken und Ansprüche erwartet, auch nicht unbedingt vom Medienladen insgesamt,aber doch in sich klare Positionen, herausgearbeitete Widersprüche der Medienpraxis, in der sich die Auseinandersetzsprüche der Medienpraxis, in der sich die Auseinandersetzungen um politische Medienarbeit niederschlagen und nachvollziehen lassen.

Diese Erwartungen sind nach den 3. Magazin nicht erfüllt worden - wir wissen noch nicht einmal welchen Stellenwert, welche Funktion das Video-Magazin in der Praxis des Medienladens selbst hat, ob der Medienladen überhaupt die Diskussion um seine Arbeit hier führen will, ob er dafür ein anderes Publikationsorgan oder neue Organisationsformen schaffen will, ob er seine Praxis überhaupt öffentlich reflektieren will oder ob er meint sie sei so deutlich, daß sie keiner Diskussion bedarf. Diese und viele andere Unklarheiten sind auch Ansatzpunkt unserer Kritik und Fragen:

Schauen wir uns die Rubriken 'Texte' und 'Berichte' an, so werden unserer Meinung nach die Unklarheiten und der Spekulationsvorwurf deutlich.

Auf welche praktischen Fragestellungen sind diese Texte bezogen, welche Projekte sollen mit diesen Texten durchleuchtet werden, wie sieht es mit dem Hintergrund aus, auf dem die Texte verfaßt worden sind, wie sehen die Bedingungen der Übertragbarkeit aus, wie steht man zu übertragenen Aussagen - das "Videomagazin" verschweigt vornehm (vielleicht ungewollt objektivistisch - der Leser wirds schon richtig verstehen) die sicherlich gelaufenen Auswahlprozesse und -diskussionen, die zumindest in der Redaktion gelaufen sein müssen.

Unvermittelte Texte dadurch zu vermitteln, daß man sie nebeneinander und hintereinander in einem Magazin abdruckt, daß man sie durch Allgemeinstes in Einleitungen zu verkuppeln sucht, bereitet der Spekulation das Feld und jeder kann dann alles das hineinlegen, was man deutlich nicht aussprechen will.

So könnte man möglicherweise vermuten, daß der Medienladen sich unter Verweis auf einen wie-auch-immer zu verstehenden "Militanzvorwurf" von MPZ und anderen Mediengruppen zu distanzieren versucht, ohne allerdings

Mediengruppen zu distanzieren versucht, ohne allerdings

in irgendeiner Form diese Kritik auch nur ansatzweise an der Theorie und Praxis dieser Gruppen konkretisieren zu können. Mit einem solchen Vorgehen entzieht man sich der notwendigen Diskussion und verhindert damit die solidarische Klärung gemeinsamer Aufgaben.

Ein Theorieverständnis, eine theoretische Diskussion, die nicht dazu beiträgt Praxis zu erklären, Handlungsanleitungen zu bieten, Ursachen für Fehler sichtbar zu machen oder längerfristige Perspektiven zu eröffnen ist Selbstzweck und so unnütz wie hinderlich.

In der Diskussion um politische Medienarbeit darf nicht nur die Frage im Vordergrund stehen, nach welcher "sauberen", die Medienspezifik abwägenden Theorie, Praxis zu machen ist. Zu fragen wäre zunächst einmal, wie mit Medien parteilich in offene oder latente gesellschaftliche Problemzusammenhänge und Konflikte sinnvoll einzugreifen wäre

und wie unter den konkreten Bedingungen eine Selbsttätigkeit der Betroffenen möglich wird.

Erfahrungen, besonders in ihrer systemmatischen Form als Theorie, sind für den Medienarbeiter dann sinnvoll, wenn sie die Bedingungen ihrer Wirksamkeit und Übertragbarkeit reflektieren.

Die 'Texte' und 'Berichte' des "Videomagazins" haben für die Diskussion unserer Medienarbeit nichts gebracht, die Diskussionen im Medienladen um Konzeption und Organisation bleibt weiter auf Spekulationen verwiesen. Deutlich wird nur die Servicefunktion mit Technik, Adressen- und Literaturlisten. Eine solche Funktion kann man sicher unterschiedlich bewerten, vermutlich gibt es auch im Medienladen hierzu verschiedene Ansichten.

Die Widersprüchlichkeit der bisherigen "Videomagazine" findet auch Ausdruck im Titelblatt der letzten Ausgabe. Hier steht das medienoptimistische Zitat Godards 'die Videotechnik schafft die Zensur ab' im Widerspruch zum videografierenden Polizisten auf demselben Titelblatt, was deutlich macht, daß Video für die unterschiedlichsten Interessen funktionalisiert werden kann, d.h. hier konkret für die Reaktion Beweismaterial nicht zuletzt auch gegen Medienarbeiter gesammelt wird. Die Kenntnis dieser widersprüchlichen Verwendungszwecke sollte uns davor bewahren, leichtfertig über diese Problematik hinwegzusehen und lediglich medienspezifische Fragestellungen in den Vordergrund zu stellen.

Neu im MPZ-Videoverleih

Schildbürgerstreich
Dokumentation einer Vertreibung

Videofilm: 25 Minuten
Produktion: Medienzentrum Fuhlsbüttel (MeFu), 1976
Verleih: MeFu, 2000 Hamburg 63
Fuhlsbüttler Damm 93
Tel.: 504 771

Das Videoband dokumentiert die "Sanierungspolitik" gegen die Interessen und den Widerstand von Bewohnern eines Kleingartenvereins in Hamburg Hummelsbüttel. Das bebaute und gewachsene Gartengelände soll abgerissen, die schon zum Teil seit 30 Jahren dort lebenden Bewohner vertrieben werden, um dort ein Gewerbegebiet und neue Kleingärten mit Normlauben zu erstellen. Die Dokumentation schildert die Entstehungsgeschichte des Gartenvereins, die Auseinandersetzung mit der Behörde und deren Taktik, die einzelnen Kleingärtner zu isolieren. Der Film ist in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Kleingartenvereins entstanden. Die Konzeption wurde gemeinsam erarbeitet, wobei allerdings die technische Seite allein vom MeFu abgedeckt wurde. Aufgabe des Films ist es, anderen Kleingärtnern, die sich in ähnlichen Situationen befinden, diese wichtigen Erfahrungen zu vermitteln.

Kurzinfo

Aus Berlin erhielten wir von den "Vidioten" eine Reaktion auf den Artikel zum Videoeinsatz im Berliner Hochschulstreik in der letzten Ausgabe der MEDIENARBEIT. Sie schreiben, daß sie aufgrund ihrer Aktivitäten gegenwärtig noch nicht dazu kommen, einen detaillierten Bericht über ihre Arbeit zu schreiben. Dies soll aber demnächst nachgeholt werden.

Herausgeber dieser Informationen

MPZ

Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V.
Thadenstr. 130 a
2ooo Hamburg 50
Täglich außer Sonntags 18 bis 19 Uhr
Telefon 040 / 439 72 59

Mefu

Medienzentrum Fuhlsbüttel e.V.
Fuhlsbütteler Damm 93
2ooo Hamburg 63
Mittwochs 15 bis 19 Uhr
Telefon o4o 5o 47 71

Februar 1977
Februar 1977

Abonniert die MEDIENARBEIT !
Für 7,50 DM (für 5 Ausgaben inclusive Porto)
bekommt ihr sie zugeschickt.

Bestellungen an:
Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V.
Thadenstr. 130 a
2ooo Hamburg 50
PschA Hmb PschKoNr 4373 - 208

Redaktionsschluß für die nächste Nummer:
2o. März 1977

DRUCK LADEN GRINDELALLEE 117 2000 HAMBURG 13